Antrag

der Abg. Andreas Stoch u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Autogipfel Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welches Mitglied der Landesregierung den Impuls gegeben hat oder woher gegebenenfalls die Anregung kam, zu einem sogenannten Autogipfel der Landesregierung am 19. Mai 2017 einzuladen;
2. ob und wenn ja, in welcher Form das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau in die Entscheidung, zu einem solchen Autogipfel einzuladen, eingebunden war;
3. welche Konzeption und welche konkreten Ziele mit dem Autogipfel verbunden sind;
4. welche Ministerien der Landesregierung und welche Abteilungen und Referate der Landesverwaltung in die Konzeption des Autogipfels eingebunden sind;
5. welches Mitglied der Landesregierung zu verantworten hat, welche Organisationen und Personen zum Autogipfel eingeladen wurden;
6. warum einerseits Unternehmensvertreter, aber andererseits keine Betriebsräte zum Autogipfel eingeladen wurden;
7. wie aussagekräftig mögliche Ergebnisse eines solchen Gipfels sind, wenn von vorneherein die Beschäftigten über die Betriebsräte nicht vertreten sind;

8. ob die Landesregierung bereit ist, künftig die Beschäftigtenseite über die Betriebsräte an Diskussionen zur Zukunft des Automobilstandortes Baden-Württemberg miteinzubeziehen.

15.05.2017

Stoch, Dr. Weirauch, Gall,
Born, Dr. Fulst-Blei SPD

Begründung

Die Landesregierung hat für den 19. Mai 2017 zu einem sogenannten Autogipfel eingeladen. Es stellt sich die Frage, wie dieser Autogipfel konzeptionell und organisatorisch vorbereitet wird. Für Verwunderung sorgt, dass offensichtlich keine Betriebsräte von Automobilherstellern und Zulieferern eingeladen wurden. Der vorliegende Antrag soll erhellen, wie es dazu kam und was mögliche Hintergründe sind.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 6. Juni 2017 Nr. I-4224.04 nimmt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau und dem Ministerium für Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

- 1. welches Mitglied der Landesregierung den Impuls gegeben hat oder woher gegebenenfalls die Anregung kam, zu einem sogenannten Autogipfel der Landesregierung am 19. Mai 2017 einzuladen;*

Die Unterstützung des Transformationsprozesses in der Automobilindustrie ist im Koalitionsvertrag verankert. Herr Ministerpräsident selbst hat im Herbst 2016 angekündigt, mit den betroffenen Branchen einen Strategiedialog zu führen.

Der Strategiedialog Automobilwirtschaft zielt auf eine längerfristige Begleitung der betroffenen Branchen (sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer) ab. Die Gleichzeitigkeit und die Schnelligkeit der Veränderungen, von Industrie 4.0 über neue Antriebe und neue Mobilitätskonzepte, birgt Chancen aber auch Risiken für unsere Volkswirtschaft. Aus diesem Grund ist auch die (Zivil-)Gesellschaft in diesen Prozess eingebunden.

Hierfür werden entsprechende Arbeitsstrukturen eingerichtet. Dies zeigt, dass es sich bei der Auftaktveranstaltung zu diesem Dialog um keinen einmalig angelegten „Autogipfel“ gehandelt hat.

2. *ob und wenn ja, in welcher Form das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau in die Entscheidung, zu einem solchen Autogipfel einzuladen, eingebunden war;*
4. *welche Ministerien der Landesregierung und welche Abteilungen und Referate der Landesverwaltung in die Konzeption des Autogipfels eingebunden sind;*
5. *welches Mitglied der Landesregierung zu verantworten hat, welche Organisationen und Personen zum Autogipfel eingeladen wurden;*

Die Fragen 2, 4 und 5 werden aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für die Begleitung des Transformationsprozesses wurde im ersten Quartal 2017 eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMA Transformation) eingerichtet. Diese hat sich in zwei Sitzungen auch mit der Konzeption des Strategiedialogs Automobilwirtschaft und dem Kreis der Teilnehmer beschäftigt.

Auf Abteilungsleiterenebene, bzw. Arbeitsebene und teilweise Ebene der Zentralstelle sind beteiligt:

- Staatsministerium (Leitung der IMA); Abteilungen 1, 3 und 4
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration; Stabsstelle für Digitalisierung
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Abteilung 3
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft; Abteilung 2
- Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und Wohnungsbau; Abteilungen 3 und 4
- Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Referat 42
- Ministerium für Verkehr; Abteilung 4

3. *welche Konzeption und welche konkreten Ziele mit dem Autogipfel verbunden sind;*

Der Strategiedialog Automobilwirtschaft möchte die ganze Wertschöpfungskette, beginnend bei der Grundlagenforschung, produktnahen Forschung, Vorentwicklung, Serienentwicklung, Fabrikplanung und Produktion, bis in den Vertrieb/Verkauf und den After-Sales-Bereich, abdecken.

Für die Auftaktveranstaltung wurde der Schwerpunkt auf die Bereiche bis in die Produktion gelegt, da hier besonders viele Beschäftigte, beginnend bei den Ausrüstern aus dem Maschinen- und Anlagenbau über die Zulieferkette und die Hersteller selbst, von der Transformation betroffen sind. Die Transformation ist ein gesamtgesellschaftliches Thema und wird neben der Automobilproduktion weitere Bereiche betreffen. Zentrale Herausforderung sind neben dem Wandel der Automobilwirtschaft die digitale und vernetzte Mobilität und die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur (z. B. für E-Mobilität).

Die Einrichtung von interministeriellen Arbeitsstrukturen soll der Arbeitsökonomie, der Bündelung des fachlichen Know-hows der Ressorts und der Ausnutzung von Synergieeffekten dienen, um das Thema in allen Facetten abbilden zu können. Die Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie (kurz: e-mobil BW) wird deswegen ebenfalls in die Gesamtkonzeption des Strategischen Dialogs eingebunden.

6. *warum einerseits Unternehmensvertreter, aber andererseits keine Betriebsräte zum Autogipfel eingeladen wurden;*
7. *wie aussagekräftig mögliche Ergebnisse eines solchen Gipfels sind, wenn von vorneherein die Beschäftigten über die Betriebsräte nicht vertreten sind;*
8. *ob die Landesregierung bereit ist, künftig die Beschäftigtenseite über die Betriebsräte an Diskussionen zur Zukunft des Automobilstandortes Baden-Württemberg miteinzubeziehen.*

Die Fragen 6, 7 und 8 werden aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Neben dem Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg haben auch der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Daimler AG (für die Beschäftigten der Hersteller) und der stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Robert Bosch GmbH (für die Beschäftigten der Zulieferer) an dem Dialog teilgenommen. Dieses Vorgehen war mit der IG Metall abgestimmt.

Je nach Schwerpunktsetzung der Folgeformate werden in den kommenden Monaten auch weitere Interessenvertreter oder Einzelvertreter beteiligt.

Murawski
Staatsminister
und Chef der Staatskanzlei